



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

MIGRATIONSPOLITIK

Strategische Migrationspolitik

Endlich kommt wieder etwas Bewegung in die deutsche Zuwanderungsdiskussion. Die große Koalition plant, die Hürden für den Zuzug gut ausgebildeter Fachkräfte und Selbständiger zu senken. Das ist ein guter Schritt in eine richtige Richtung. Es muss jedoch noch viel mehr geschehen, damit es Deutschland gelingen kann, unzweifelhaft vorhandene ökonomische Vorteile der Zuwanderung zu maximieren und ebenso unzweifelhaft bestehende gesellschaftliche Integrationskosten zu minimieren.

Dazu braucht Deutschland eine strategische Migrationspolitik. Strategisch bedeutet, dass das politisch Machbare, völkerrechtlich Mögliche, ökonomisch Finanzierbare und gesellschaftlich Konsensfähige zu einem logisch schlüssigen, also widerspruchsfreien Paket verknüpft werden, um Gestaltungs- und Handlungsspielräume zu schaffen und übergeordnete staatspolitische Ziele effizient(er) zu erreichen.

Bei einer strategischen Migrationspolitik stehen die Ursachen wie die Folgen der internationalen Wanderungsbewegungen gleichermaßen im Fokus. Bei den Ursachen geht es darum, einem Ansturm der Armen auf die Festung Europa entgegenzuwirken. Massenmigration soll gar nicht erst entstehen. Denn die ökonomischen Probleme verzweifelter Bootsflüchtlinge aus Afrika lassen sich am Nachhaltigsten durch bessere Lebensbedingungen in den Herkunftsregionen lösen. Dafür aber sind international abgestimmte friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitische

Maßnahmen im Rahmen einer Migrations-Außenpolitik erforderlich.

Bei den Folgen der Migration geht es um die beiden Seiten derselben Medaille, nämlich Zuwanderung und Integration. Die Migrations-Innenpolitik soll einerseits die Zuwanderung nach Deutschland effizient steuern und andererseits die dauerhaft in Deutschland bleibenden Ausländer(innen) erfolgreich in die hiesige Gesellschaft integrieren. Weil nicht alle kommen dürfen, die kommen wollen, muss ausgewählt werden, wer mit welchen Rechten und Pflichten in Deutschland leben und arbeiten darf. Historisch überlebte Abwehrdispositive aus einem vergangenen Jahrhundert sind dabei auf einem Auge blind.

Es geht nicht mehr nur darum, Zuwanderung zu verhindern. Es geht ebenso und immer stärker auch darum, für leistungsbereite, motivierte, gut qualifizierte Menschen aus aller Welt offen und attraktiv zu sein.

Eine kluge strategische Migrationspolitik spielt im globalen Standortwettbewerb eine Schlüsselrolle. Es gibt kaum ein anderes Thema, bei dem eine gute Politik so sehr belohnt und eine schlechte Politik so sehr bestraft wird. Im besten Falle kommen und bleiben Talente aus aller Welt. Sie bringen neuen Schwung, Kreativität, Ideen und Innovation mit. So war es in den klassischen Einwanderungsländern USA, Australien oder Kanada. So war es historisch aber auch bei der Peuplierung Preußens oder bei der Industrialisierung der Schweiz. Im

schlechtesten Falle verursachen Zuwanderung und fehlende Integration ethnische Konflikte, soziale Spannungen oder wirtschaftliche Kosten. So war es bei den vielfältigen Massenwanderungen des letzten Jahrhunderts als Folge unterschiedlicher Krisen und Kriege. So ist es auch, wenn heute deutsche Schulen nach Hilfe rufen, weil sie mit ausländischen Jugendlichen nicht mehr klar kommen. Werden junge Menschen mit einem Migrationshintergrund erfolgreich integriert, können sie teilweise jene ökonomischen oder demographischen Lücken schließen, die sich wegen der geringen Geburtenraten oder der mangelnden beruflichen oder geographischen Mobilität der Deutschen öffnen. Misslingt ihre Integration, muss der Sozialstaat die Folgekosten unzureichender Schulbildung, hoher Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft tragen.

Das seit Anfang 2005 gültige deutsche Zuwanderungsgesetz ist eine brauchbare, aber keine strategische Antwort auf die vielfältigen migrationspolitischen Herausforderungen.

Es vermittelt zwei Botschaften. Die gute Nachricht ist, dass das neue Zuwanderungsgesetz die Integrationsproblematik angepackt und eine Vielzahl sehr begrüßenswerter Neuregelungen zur Integration von Zuwanderern gebracht hat. Die schlechte Nachricht ist, dass das neue Zuwanderungsgesetz nur auf einem Bein steht: Für eine ökonomisch sinnvolle Auswahl von Ausländern hat es keine Basis geschaffen. Auf den Selektionsmechanismus eines Punktesystems wurde verzichtet. Das ist gleichermaßen schade wie schäd-

lich. Es ist politisch schade, weil gerade das Punktesystem erlaubt, mit einem Instrument gleichzeitig zwei Ziele zu erfüllen: das Begrenzungsziel ebenso wie das Steuerungsziel. Ein Punktesystem ist mit jedem Niveau der politisch gewünschten legalen Zuwanderung vereinbar. Es belässt insbesondere der Politik auch die Möglichkeit, jederzeit die legale Zuwanderung nach Deutschland vollständig zu stoppen. Punktesystem und Begrenzung der Zuwanderung sind nicht unversöhnliche Gegensätze, sondern harmonische Ergänzungen.

Der Verzicht auf das Punktesystem ist ökonomisch schädlich, weil dadurch die Möglichkeit entfällt, mit einfachen, unbürokratischen, transparenten und vor allem auch völkerrechtlich anerkannten Kriterien jene legal Zuwanderungsberechtigten auszuwählen, von denen positive Effekte für den deutschen Arbeitsmarkt, die Altersstruktur der Bevölkerung, die Finanzierung der Sozialversicherungen und damit für das wirtschaftliche Wohlergehen insgesamt zu erwarten wären.

Die fehlende strategische Dimension der deutschen Migrationspolitik zeigt sich besonders beim Festhalten an der Illusion einer homogenen Gesellschaft und beim Verzicht, die schleichend voranschreitende Diversität als Chance zu nutzen, im Inland „automatisch“ jene Internationalität zu erlernen und erwerben, die für den Erfolg auf ausländischen Märkten unverzichtbar geworden ist. Denn nicht erst PISA hat offen gelegt, wie schlecht in Deutschland lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich abschneiden und welche Potenziale so vergeben und welche Probleme dadurch

verursacht werden. Obwohl in Deutschland sehr viel öffentliches Geld ausgegeben wird, um ausländische Kinder besser in das deutsche Schulsystem zu integrieren, ist das Ziel der Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher weit verfehlt worden. Das ist aus zwei Gründen eine Fehlentwicklung, die schleunigst zu korrigieren ist.

Erstens sind ausländische Kinder vielfach hoch motiviert. Sie scheitern jedoch oft nicht intellektueller, sondern sprachlicher Defizite wegen. Es ist unbestritten, dass bei ausländischen Kindern Deutsch als Zweitsprache umso rascher und einfacher erlernt wird, je früher mit der Sprachförderung begonnen wird. Somit kommt Kindergärten und Vorschulen eine wichtige Rolle zu, die „Sprachlosigkeit“ nicht-deutschsprachiger Kinder frühzeitig zu beheben. Zweitens wirkt sich eine bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund später positiv auf die öffentlichen Haushalte aus. Besser integrierte Ausländer(innen) werden eher eine Beschäftigung finden und weniger auf Hartz IV angewiesen sein. Somit werden sie Steuern und Abgaben entrichten. Schlechter integrierte Ausländer(innen) werden dagegen die Staatshaushalte in mehrfacher Form belasten. Einfacher ausgedrückt: Es ist effizienter in jungen Jahren Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, anstatt in späteren Jahren die Folgen einer misslungenen Integration finanzieren zu müssen.

Dieser Beitrag ist im Wirtschaftsdienst, 86. Jahrgang, Heft 8, August 2006 erschienen.